

Henry Krause

Der Deutungskampf und seine Versehrten

„Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind.“ Problematisch ist an dieser durchaus inspirierenden Begriffsbestimmung des Politischen von *Carl Schmitt*, daß eine Feindbestimmung den Anderen ausgrenzt oder ihm gar die Existenzberechtigung absprechen kann. Argumente spielen keine Rolle mehr. Als besser geeignet für eine demokratische Streitkultur in einer offenen Gesellschaft scheint daher die Diskurstheorie von *Jürgen Habermas*. Gleichberechtigte bringen ihre Argumente in einen offenen Diskussionsprozeß ein, wobei sie sich wechselseitig anerkennen. Daß dies mehr eine ideale Situation sein mag und auch nicht für alle Diskutanten gilt, hatte *Habermas* in den 80er Jahren bereits im „Historikerstreit“ demonstriert.

Auch viele aktuelle Debatten dienen bei näherer Betrachtung der gegenseitigen Ausgrenzung. Es geht nicht um das Finden eines besseren Weges durch den Austausch von Argumenten, sondern um Deutungshoheit. Ein Monstrum, das sich fortlaufend dem politischen Prozeß aufzusetzen versucht und die offene Gesellschaft existentiell bedroht. Deutungshoheit ist der Feind der Offenheit, sie möchte festlegen. Um diese Hoheit wird vor allem bei „umstrittenen“ Themen wie Migration und Integration gekämpft. Von einem offenen Diskurs kann dort keine Rede sein, wie dieses Buch exemplarisch zeigt:

Klaus J. Bade, Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft. Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2013, 398 S.

Klaus Bade war Professor für Neueste Geschichte und gründete 1991 an der Universität Osnabrück das Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien. Von Ende 2008 bis zum Juli 2012 war er der Gründungsvorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration, der unter anderem „kritische Politikbegleitung“ über die Medien anbieten möchte. Drei Jahresgutachten sind unter seinem Vorsitz erarbeitet worden. Sie treffen wissenschaftlich fundierte Aussagen zum Stand von Integration und Migration in Deutschland.

Nun ist das aber so eine Sache mit der Politikberatung und die sie ausübenden Experten. Zwar geben sie sich in den Arbeitskreisen der Fraktionen und den Ausschüssen des Deutschen Bundestages die Klinke in die Hand. Einschlägige Studien werden in Berlin fast täglich vorgestellt und Ergebnisse in den Medien

diskutiert; das heißt aber nicht, daß ihre Empfehlungen immer umgesetzt werden. Schließlich leben wir in keiner Expertokratie. Im politischen Prozeß sind sie allenfalls eine intervenierende Variable. Hinzu kommt, daß Experten nicht immer nur Recht haben; viele Expertisen und Prognosen erweisen sich im nachhinein als falsch. *Bade* will aber Recht gehabt haben. Er wirft den Regierungen der Ära *Kohl* schwere Versäumnisse in der Migrationspolitik vor. Es geht vor allem um die Weigerung, Deutschland zum Einwanderungsland zu erklären. *Bade* hatte wiederholt steuernde Einwanderungsgesetzgebung und aktive Migrationspolitik vorgeschlagen. Man wird dem heute ohne Zögern zustimmen, vergißt aber dabei, daß eine rationale Diskussion etwa über Auswahlverfahren bei Zuwanderung in den 80er und 90er Jahren nicht möglich war. Wenn solche Vorschläge aufkamen, war der Vergleich mit der Selektion an der Rampe von Auschwitz sofort zur Stelle. Schwarz-Gelb hatte deshalb kommunikativ und gesetzgeberisch die Schotten dichtgemacht: Wir sind kein Einwanderungsland!

Inzwischen wird aufgrund der demographischen Entwicklung auf Konferenzen und durch die regierungsamtliche Politik von einer „Willkommenskultur“ gesprochen, die es zu etablieren gelte. Dadurch fühlt sich der Autor bestätigt. Warum der Status und Tatbestand eines Einwanderungslandes eine nicht zu hinterfragende Prämisse eines Staates sein muß, verrät er jedoch an keiner Stelle. Er versteht das Konzept einer offenen Gesellschaft nicht im Sinne einer Offenheit der Entscheidung, ob man Einwanderung möchte, sondern im Sinne einer Offenheit für Zuwanderung. Wer diese Art von Offenheit nicht teilt, ist draußen.

Spätestens seit dem 11. September 2001 wird das Thema Migration vor allem als eine Debatte über den Islam geführt. Oft ist diese „Debatte“ ein Kampf um Deutungshoheit mit den zugehörigen Feinderklärungen. *Bade* beschreibt einen „diskursiven Bürgerkrieg“, in dem er selbst nicht nur ein wichtiger Akteur ist, sondern den er mit diesem Buch wesentlich befeuert, ja führt. Es spiegelt auf jeder Seite seine Verletzungen im Deutungskampf. Doch zunächst die Gegner: Das sind die Islamkritiker. Islamkritik – bei ihm grundsätzlich in Anführungen gesetzt – sei für die Demokratie und die demokratische Einwanderungsgesellschaft gleichermaßen gefährlich, heißt es gleich im Vorwort. Auf Seite 26 wird dann die Hauptfeindin, die „Skandalpublizistin“ *Necla Kelek*, das erste Mal genannt. Weitere Mitglieder des „Agitationskartells“ sind *Thilo Sarrazin*, *Ralph Giordano* und *Henryk M. Broder*. Das Buch des wissenschaftlichen Politikberaters ist eine Fundgrube an Schmähbegriffen für die „skandalisierende Desintegrationspublizistik“ dieser „scheinaufklärerischen antiislamischen Bewegung“. In nahezu unendlicher Variationsbreite werden die Gegenseite und deren Aktivitäten herabgesetzt. Man mag *Bade* zugute halten, daß er hier mit gleicher Münze heimzahlt, was er zuvor an Kritik erhalten hat; welchen Erkenntnisgewinn der Leser aus dieser Polemik ziehen soll, bleibt jedoch unklar.

Besonders ärgerlich ist ihm der publizistische Erfolg von Autoren wie *Thilo Sarrazin*. Seine Thesen habe man – da wo sie richtig sind – schon lange zuvor bei der anwendungsorientierten Migrationsforschung nachlesen können, „nicht zuletzt bei mir selber“. Das Buch sei „vieldeutig und gefährlich“, bestehe aus „Zeitungswissen und Fehleinschätzungen“. Zustimmung signalisiert *Bade* zu

Sarrazin da, wo er am sozialdemokratischsten ist: Bei der Verstaatlichung der Erziehung – Kindergartenpflicht und Ganztagschule für alle. Viele hätten *Sarrazin* lediglich für das Bücherregal gekauft, aber nicht gelesen, vermutet *Bade*. Vielleicht ist es aber umgekehrt: Sie haben es gelesen und wunderten sich über die öffentliche Debatte, in der sie ihre Lektüre nicht wiedererkannten. Selbst die Inhaber der höchsten Staatsämter meinten, sich der Dämonisierung des Autors anschließen zu müssen. Offensichtlich hatten sie das Buch aber nicht gelesen, wollten vielmehr auf die medial inszenierte Empörungswelle aufspringen. Daß derartige „Debatten“ Mißtrauen und Solidarisierungseffekte hervorrufen, erscheint naheliegend, liegt für *Bade* aber außerhalb des Vorstellungsvermögens.

Der Migrationsforscher beschreibt die „lange Blutspur“ und die „allgegenwärtige Bedrohung“ von Muslimen durch antiislamisch, rechtsextremistischen Terror in Deutschland. Den „meist friedlichen Moscheeverbänden“ stünden „extremistisch-gewaltbereite, organisierte Islamfeinde“ gegenüber. Die Situation christlicher Minderheiten in mehrheitlich islamischen Gesellschaften findet an keiner Stelle im Buch Erwähnung. Möglicherweise sind sie selber schuld an ihrer unkomfortablen Situation. Schließlich haben sie die Freiheit, zum Islam zu konvertieren. Zentrales Anliegen *Bades* ist das Aufzeigen der „fließenden Grenzen“ zwischen friedlicher „Islamkritik“ – die auch dann in Anführungen gesetzt ist – und den terroristischen Anschlägen, etwa des NSU-Trios oder des Norwegers *Breivik*. Jegliche Kritik am Islam sei Wortgewalt und könne in Tatgewalt umschlagen. Sie wird damit in die Nähe von Terrorismus gerückt und als dessen geistiger Nährboden bezeichnet.

Der französische Sozialwissenschaftler *Gilles Kepel* meinte im April 2013 in der FAZ, daß die Islamophobie eine „Erfindung der Islamisten nach dem Vorbild des Antisemitismus“ sei. „Nur daß der Kampf gegen die Islamophobie jede Kritik am Islam verbietet, während der Kampf gegen den Antisemitismus nicht daran hindert, Kritik am Judentum zu üben.“ Letzteres mag auf Deutschland nicht zutreffen, der Versuch, Islamkritik zu ächten, wie es *Bade* auf Seite 365 fordert, aber schon. Dies solle nicht durch Verbote oder Zensur geschehen – obwohl an vielen Stellen staatliches Handeln eingefordert wird – sondern möglicherweise durch Verbalattacken, wie sie in *Bades* Buch auf nahezu jeder Seite vorgenommen werden. Im Hinblick auf die Islamkritiker heißt es da, sie hätten einen „abwertenden Tunnelblick“, sendeten „kakophone Visionen und Menetekel“; geifern, pöbeln und schillern, hätten „Schaum vor dem Mund“ beim Absenden ihrer „ahistorischen Kulturknautsch-Visionen“ und betrieben einen „kampagneartigen Auskreisungsdiskurs“.

Diese „publizistische Satansmühle“, die böse Seite in der Auseinandersetzung, kontrastiert *Bade* mit den Muslimen, unter denen es zwar „kleinere streng konservative Gruppen“ und „winzige fundamentalistische Minderheiten“ gebe, die aber im wesentlichen eine „hochmotivierte neue deutsch-türkische Leistungselite“ sei, die sich „analytisch, freundlich, engagiert und überlegen“ mit dem „versunkenen Ideologie-Kosmos von *Sarrazin*“ auseinandersetze. Da wo der Islam nicht paßfähig zur westlichen Moderne ist, wie etwa beim „Bruch mit seiner

homoerotischen Tradition“, sei das ein „Ergebnis der Übernahme westlicher Werte“ gewesen. Auf der guten Seite, gewissermaßen als Leuchtturm, steht selbstverständlich auch der „im In- und Ausland hochgeachtete Sachverständigenrat“, der „realitätsbezogen-pragmatische Informationen“ liefere.

Wie plump kommt dieser Sachverstand daher! Offenbar läßt das Thema Islam nur Assoziation und Dissoziation zu; auf einen Auskreisungsdiskurs wird mit Auskreisung geantwortet. Deswegen kann die von *Bade* gewünschte „Debatte um eine neue gemeinsame Identität in der Einwanderungsgesellschaft“ auch nur als ein volkspädagogisches Großunternehmen mit festgelegtem Ziel gemeint sein: Neben der Ächtung islamfeindlicher Agitation soll die neue gruppenübergreifende Identität durch ein „lebensbegleitendes Orientierungsangebot für alle in der Einwanderungsgesellschaft“ befördert werden. „Integrationskurse für alle“, lautet die Forderung, die offensichtlich an die These „Wir alle sind Ausländer“ anknüpft und uns alle zu Weltbürgern machen soll, zu „Mehr-Heimigen“ mit „hybrider Identität“. „Ausländer, laßt uns mit den Deutschen nicht allein!“ – vom Autor am Ende des Buches zitiert – lautete bereits in den 80er Jahren die Parole der Anhänger einer multikulturellen Gesellschaft. Sie bringt zum Ausdruck, daß man das Andere wünscht, weil man das Eigene verachtet. Sie zur einzig politisch korrekten Sichtweise zu erheben, fordert Widerspruch heraus.

Henry Krause ist Referatsleiter in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.